

Gemeinde und Shredderwerk einigen sich

Schäden an Trinkwasser nach Großbrand: Shredderwerk zahlt 1,5 Mio Euro



Belasteter Löschschaum führt beim Großbrand im Shredderwerk zu gefährlichen Belastungen im Trinkwasser in Ertingen. Die zivilrechtliche Auseinandersetzung endet nun mit einem Vergleich. (Foto: Thomas Warnack)

Von Rudi Multer

Herbertingen/Ertingen

Das Shredderwerk Herbertingen und die Gemeinde Ertingen haben sich im anhängigen Zivilverfahren vor dem Landgericht Ravensburg auf einen Vergleich geeinigt. In dem Verfahren ging es um die Zahlung von Schadenersatz für die Schäden an der Trinkwasserfassung in Ertingen. Danach zahlt das Shredderwerk dem Eigenbetrieb Wasserversorgung der Gemeinde 1,5 Millionen Euro.

Fließt dieses Geld bis 15. November 2019, wäre die zivilrechtliche Auseinandersetzung mit der Gemeinde Ertingen beendet. Noch anhängig ist die Frage der Sanierung im Grundwasserkörper im Bereich des Shredderwerks. In dieser Auseinandersetzung sind das Landratsamt Sigmaringen und das Shredderwerk Herbertingen die Beteiligten.

Beim Zivilverfahren mit der Gemeinde Ertingen ging es um die Schäden an der Trinkwasserfassung nach dem Großbrand in dem Shredderwerk, der am 30. August 2007 begonnen hatte und über Tage die Feuerwehren in weiten Teilen Süddeutschlands in Atem gehalten hatte. Eine 120 Meter lange, 60 Meter breite und 18 Meter hohe Halde aus Autowracks brannte. Zum Löschen des Großbrandes waren 130 000 Liter Löschschaum verwendet worden, teilweise PFT-haltig. Um das Großfeuer zu löschen, wurden die Vorräte an Löschschaum in weiten Teilen Süddeutschlands nach Herbertingen transportiert, auch die Feuerwehr aus Zürich schaffte dieses Löschmittel heran. PFT steht in Verdacht, krebserregend zu sein. Das war zum Zeitpunkt der Löscharbeiten bereits bekannt. Die Produktion dieser Art des Löschschaums war zu jener Zeit bereits verboten. Es war aber erlaubt, vorhandene Lagerbestände zu verwenden.

Ertingen muss Brunnen stilllegen

Nach dem Löscheinsatz wurden erhöhte Werte von PFT in einem von drei Trinkwasserbrunnen in Ertingen festgestellt. Dieser Brunnen musste stillgelegt werden. Die Trinkwasserförderung der beiden verbliebenen Brunnen musste beträchtlich erhöht werden. Es stellte sich heraus, dass der kritische Stoff durch Risse in der Betonplatte unter dem Shredderwerk ins Erdreich und ins Grundwasser eingedrungen war. Von dort aus floss es zur Ertinger Trinkwasserfassung. Im Jahr 2012 klagte die Gemeinde Ertingen auf Schadenersatz. Die Kommune hatte 3,4 Millionen Euro gefordert. Einen Vergleichsvorschlag des Gerichts aus dem Jahr 2017 über 1,4 Millionen Euro hatte das Shredderwerk zunächst abgelehnt. Am 7. November wäre laut Ertingens Bürgermeister Jürgen Köhler ein weiterer Gerichtstermin anstanden.

Im Juli/August sei die Geschäftsführung des Shredderwerks aber auf die Gemeinde zugegangen. „Es waren gute Gespräche“, sagt der Ertinger Bürgermeister. Der Betrag liege unterhalb der zunächst geforderten 3,4 Millionen, aber die Gemeinde wollte das Verfahren, das womöglich weitere Jahre gedauert hätte, zu einem Ende bringen.

„Deshalb haben wir uns für den Spatz in der Hand statt der Taube auf dem Dach entschieden.“ Die Verwendung des Geldes sei zweckgebunden. „Wir müssen uns überlegen, wie wir unser Trinkwasser stabilisieren können.“

Ertingen kann nichts dafür

„Wir wollten diese Sache vom Tisch haben“, sagt auch Prokurist Wolfgang Bausch vom Shredderwerk in Herbertingen. Dabei bleibe das Unternehmen bei seiner Bewertung der Schuldfrage, nach der die Feuerwehr und nicht das Unternehmen den belasteten Schaum eingesetzt habe. „Aber wir haben die Ertinger verstanden. Sie können am wenigsten für den Schaden an ihrem Wasser.“ **Noch offen bleibt die Frage der Sanierung der Belastungen im Bereich des Shredderwerks, die noch viele Jahre eine Gefährdung des Grundwassers darstellen wird.**

Für Bürgermeister Jürgen Köhler ist der geschlossene Vergleich allerdings immer noch ein schwebendes Verfahren. Abgeschlossen sei es für ihn erst, wenn das Geld bis spätestens am Freitag, 15. November, auf dem Konto des Eigenbetriebs ist. „Noch ist das Geld nicht da“, sagt der Bürgermeister.
